



PRESSEMITTEILUNG

Nach der Stichwahl:

Noch-Oberbürgermeister sticht in unsanierten Boden

Trotz anhängiger Klage lädt die Stadiongeseellschaft an die Maastrichter Straße

Oldenburg, 16. September 2026 – Wenn schon kein erster Anstoß, dann doch wenigstens ein erster Spatenstich. Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau nennt die angekündigte Zeremonie an der Maastrichter Straße „den verzweiferten Versuch eines Noch-OB, seiner Amtszeit auf den letzten Drücker vermeintlich noch etwas Glanz zu verleihen“. Dabei sei der Name Krogmann längst zum Synonym für ein finanzielles Desaster und die Verschwendung von Steuergeld geworden, sagt BI-Sprecher Klaas Brümman: „Dem scheidenden Oldenburger Oberbürgermeister ist es gelungen, ohne Not die städtischen Finanzen von einem komfortablen Plus tief in die dunkelroten Zahlen zu katapultieren.“ Damit würde er zweifellos in die Stadtgeschichte eingehen.

Die Amtszeit von Jürgen Krogmann (SPD) als Oberbürgermeister sei geprägt von kostenmäßig völlig aus dem Ruder gelaufenen Prestigeprojekten, wie etwa das Flötenteichbad und das Stadtmuseum. Hinzu kämen die überhaupt nicht kalkulierbaren Kosten für die Sanierung der maroden Tiefgarage und der ehemaligen Schießbahn auf dem Fliegerhorst. Zudem sei die zukünftige finanzielle Situation des städtischen Klinikums nur schwer einzuschätzen. Brümman: „Aber ein Fußballstadion muss es jetzt unbedingt noch sein.“ Allein die anfallenden Unterhalts- und Betriebskosten für das geplante Projekt belaufen sich laut Bürgerinitiative auf rund 10.000 Euro pro Tag.

Die dauer-defizitäre Stadion Oldenburg GmbH & Co. KG lädt Ratsmitglieder und Unterstützer aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft persönlich zum Spatenstich. Der städtische Eigenbetrieb machte allein 2025 bereits einen Verlust von 781.489 Euro, der aus dem Stadthaushalt ausgeglichen wurde. Das Defizit fiel übrigens deutlich höher aus als geplant, unter anderem weil es nicht gelungen ist, die Namensrechte an dem von der Stadtbevölkerung wenig geliebten Projekt zu vermarkten. Brümman: „So zahlen wir alle jetzt für den Foodtruck und die Getränke bei einem völlig absurden Spatenstich des Noch-OB von der SPD.“ Sollte der künftige Rat das Projekt weiterverfolgen, müssten dann auch die VIP-Logen und -Hospitality, sowie die Rasenheizung bezuschusst werden.

„Da der Boden noch nicht saniert und bereits eine Normenkontrollklage gegen den Stadionbau anhängig ist, ist es nicht der Zeitpunkt mit Steuergeldern Vollzug vorzugaukeln“, sagt Brümman.

Immerhin habe selbst Krogmanns politischer „Ziehsohn“ und SPD-OB-Kandidat, Ulf Prange, zur umstrittenen Entlastungsstraße durch den Heidbrook in einem Zeitungsinterview direkt nach der Kommunalwahl festgestellt: *„Und wir müssen eben sehen, es sind ja Klageverfahren angekündigt, wie wir damit umgehen. Ich glaube, kurzfristig wird man es nicht umsetzen können, weil diese Klageverfahren abgewartet werden müssen.“* Gleiches müsse nach Brümman's Ansicht selbstverständlich auch für den geplanten Bau eines steuerfinanzierten Fußballstadions an der Maastrichter Straße gelten. Er fordert einen sofortigen Stopp der Planungen und den Ausstieg aus dem Totalunternehmervertrag spätestens zum 30. September.

Kontakt: Bürgerinitiative KEIN StadionBau, Sprecher Klaas Brümman, Tel. 0441 72508

Für Rückfragen und weiterführende Dokumente (Auskunft des Oberbürgermeisters, Wirtschaftsplan der Stadion Oldenburg GmbH & Co. KG, Ratsbeschluss vom 3. Dezember 2025) steht die Initiative zur Verfügung.

Zum Hintergrund:

Der scheidende Oberbürgermeister hat den Rat über den Auftrag für das Drittliga-Stadion am 1. Juni abstimmen lassen. Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau will verhindern, dass die Stadt Oldenburg in der Innenstadt ein zweites Fußballstadion, das zu 100 Prozent von Steuergeld finanziert werden soll, errichtet. Die geplanten Kosten belaufen sich bereits vor Beginn des Baus auf mehr als 50 Millionen Euro. Auf dem Weg dahin haben wir uns mit den Tricks der Fußballindustrie beschäftigt, die die klammen Kassen deutscher Kommunen um viele Millionen erleichtert.

KEIN StadionBau ist Mitglied im Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen